

Gerhard Armanski, Jens Warburg

---

## Warum die NATO den Krieg in Afghanistan nicht gewinnen wird

Der Afghane erträgt Armut und Unsicherheit des Lebens, aber er duldet keine Fremdherrschaft. Sobald er die Gelegenheit dazu hat, rebelliert er.

*John Lawrence, Vizekönig von Indien, 1867*

Der Anthropologe Louis Dupree bezeichnete das afghanische Sozialsystem als „stammesmäßig, autoritär, patrilinear und patriarchalisch“ (zit. nach Malik 2008: 220). Clans und Stämme unter ihren Führern hatten und haben das Sagen. Deren Beweglichkeit und Ausdauer haben der Bevölkerung das Überleben auch ohne effektive Zentralregierung ermöglicht, diese im Gegenteil ausgehebelt. Sie war darum auch meist ein fernes, abstraktes Gehäuse mit geringer Bedeutung für den sozialen und politischen Alltag. Selbst wohlgemeinte politische und soziale Reformbemühungen von oben konnten daran nichts ändern. Die einzige politische Stabilitätsperiode in der jüngeren Geschichte bildete die lange Regierung von Zahir Schah von 1933 bis 1973, seit den 1950er Jahren nicht unwesentlich begünstigt durch die eingefrorenen Machtverhältnisse im Kalten Krieg. Freilich stockten dann auch jegliche Modernisierungen der Gesellschaft, etwa in der Bildung und im Gesundheitswesen. In Herat, wo heute ein Warlord sein Unwesen treibt, herrschte damals quirliges Geschäftstreiben. Sowjets und Amerikaner wetteiferten im Bau von Straßen und Hotels, darunter manche „Kathedrale in der Wüste“. Fremden gegenüber war man gelassen und neugierig, aber keineswegs feindlich. Bunt bemalte Lastwagen rollten durchs Land. Kriminalität existierte kaum. In Kabul gab es einen verwinkelten und reichhaltigen Basar, zur pakistanischen Grenze hin ockerfarbene Lehmburgen und -siedlungen. Auf dem Khyber-Pass stolzierten Paschtunen, mit Gewehr und Krummdolch bewaffnet. Vieles davon ist heute zerstört. Denn vor und nach dieser Periode war das Land immer wieder fremden Invasoren ausgesetzt – seit nunmehr zehn Jahren der International Assistance Force, den ISAF-Truppen, die einen völkerrechtswidrigen, durch Artikel 51 der UN-Charta nicht gedeckten Krieg führen. Was diese Invasoren zu verschiedenen Zeiten wollten, was sie anrichteten, und warum sie bisher stets scheiterten, soll im Folgenden untersucht werden.

## Erfolgreiche Invasoren

Es war in der Geschichte stets leichter gewesen, Afghanistan einzunehmen, als es zu halten. Im 19. Jahrhundert expandierte das russische Reich im zentralasiatischen Raum und versuchte, sein Herrschaftsgebiet bis an den Indischen Ozean zu erweitern. Es stieß dabei an die kolonialen Grenzen Britisch-Indiens. Beide Großmächte rangen über Jahrzehnte um die regionalen Einflusssphären (*Great Game*). Infolge seiner geographischen Lage als Durchgangsland an den großen Handelsrouten galt Afghanistan dabei als besonders wichtig. Es war vorher lange von auswärtigen Reichen beherrscht worden und errang erst im 18. Jahrhundert seine Unabhängigkeit. Abgesehen von den russischen Aggressionen führte allein das britische Imperium zwei Kriege in und um Afghanistan (1838-1842 und 1878-1880), neben Scharmützeln etliche größere Gefechte mit hohen Verlusten für die britischen Truppen. Da die umliegenden Großmächte bei ihren Bemühungen Afghanistan zu erobern auf erheblichen Widerstand stießen und das Land als solches uninteressant erschien, verzichteten sie auf eine unmittelbare Beherrschung. Sie versuchten sich mit den lokalen Machthabern zu arrangieren und bestätigten damit auch deren relative Souveränität. Afghanistan wurde zum Grenzland der imperialen Mächte.

Damit Afghanistan kein bedeutsamer Machtfaktor wurde, vereinbarte Britisch-Indien mit dem Emirat 1893 die Durand-Grenze und damit die heutige südliche Grenzführung Afghanistans. Sie wurde durch das paschtunische Siedlungsgebiet gezogen, um willkürlich die Ethnie auseinander zu reißen und damit zu schwächen. Sie sorgt bis heute für Irritationen und Konflikte. Die durch den Ersten Weltkrieg verursachte Schwächung der britischen Kolonialmacht nutzte das Emirat Afghanistan 1919 zur Anerkennung seiner vollen Souveränität durch die Briten. Seine Lage an der Schnittstelle verschiedener Interessensphären nutzte ihm, konnte ihm aber auch schaden, indem es zum Austragungsort der Konflikte auswärtiger Mächte wurde (Fitzgerald/Gould 2009: 31ff).

1979 marschierten sowjetische Truppen ein, um ein ihnen gewogenes Regime zu stützen, in der Angst, der Einflussbereich der USA würde sich ansonsten ausdehnen. Die von der UdSSR eingesetzte kommunistische Regierung hatte jedoch nie mehr als eine schmale Basis in der Bevölkerung. Trotz massiven Truppen- und Waffenaufgebots gelang es den Sowjets in blutigen Kämpfen nicht, den Widerstand zu brechen. In dessen vorderster Front kämpften die Mujaheddin, ausgestattet mit Waffen und Geld aus den USA und aus Saudi-Arabien - eher politisch-militärische als ideologische Vorläufer der Taliban. Nach zehn Jahren strichen die Sowjets die Segel und zogen ab. Dem Land war aber noch lange kein Frieden vergönnt. Es kam zum Bürgerkrieg gegen die kommunistische Regierung sowie nach deren Untergang zwischen rivalisierenden Mujaheddin-Fraktionen, die etwa in Kabul weitaus mehr Zerstörungen anrichteten als im Kampf gegen die sowjetische Armee entstanden waren. So wa-

ren 80 % aller Gebäude ganz oder teilweise beschädigt, Verwaltung und Infrastruktur zusammengebrochen, die gebildete Mittel- und Oberklasse emigriert (Malik 2008: 224). Die Taliban – religiöse Studenten aus Medresen, d.h. muslimischen Lehrinrichtungen – gingen aus den Kämpfen als Sieger hervor. Nach dem 11. September 2001, dem Attentat von New York, erklärte Präsident George W. Bush das international isolierte Afghanistan zum Terroristen-schlupfwinkel und schickte sich an, den neuen Gegner mit Luftschlägen zu „pulverisieren“. Der Vergeltungsschlag sollte das Taliban-Regime stürzen und die Terroristen aus dem Land treiben. Mithilfe der noch verbliebenen Bürgerkriegsfraktion der Nordallianzen würden die Taliban auch am Boden zu schlagen sein. Das gelang zunächst, bis die Taliban sich wieder formierten und westliche Bodentruppen eingesetzt werden mussten, die in einen nunmehr zehn Jahre währenden Kleinkrieg verwickelt sind.

Der Ursprung der Taliban liegt in der südlichen „Wüste des Todes“, wo sie sich in den 1980er Jahren als Splitter der Mujaheddin von diesen ablösten. Ihr frugales Leben und die Unabhängigkeit von Pakistan verliehen ihnen bald einen enormen Einfluss. Sie waren anfangs mehr vom paschtunischen Nationalismus als vom Islamismus bewegt. Im Bürgerkrieg nach dem Abzug der Sowjets begann ihr spektakulärer Aufstieg, nun gestützt mit pakistanischen und saudischen Geldern. Bezeichnenderweise wurden sie von einer Shura, einer Versammlung der Dorfältesten, gegründet, einer von den westlichen Strategen übersehenen basispolitischen Institution. In seinem simplen, aber auch theatralischen und demagogischen Auftreten repräsentiert Mohammed Omar, der Anführer der Taliban, deren *esprit de corps*. Ziel waren nicht territoriale Eroberungen, auch nicht der Umbau des Staates, sondern es galt, das grenzüberschreitende islamische Reich zu errichten. Der Krieg gegen die Sowjets und der Parteien untereinander verstärkte den auch vom damaligen pakistanischen Präsidenten genährten islamischen Fundamentalismus. Die Taliban wollten nicht die Politik revolutionieren, sondern das persönlich-moralische Verhalten von der Sharia bestimmt haben. In die hergebrachten Herrschaftsformen des ländlichen Konservatismus mischten sie sich nicht ein, aber die religiöse Autorität nahmen sie den tradierten Wächtern der afghanischen Sufitradition aus der Hand. Streng und orthodox ausgebildete Mullahs hatten sie zu übernehmen. Die Erziehung (der Jungen) habe sich nicht um Kultur oder Natur zu drehen, vielmehr sei die Allmacht des Islam zu lehren. Tausende von Medresen haben seither in den paschtunischen Gebieten des Südens diese Tätigkeit aufgenommen. Ihre Stammlinie reicht zurück zum saudischen Wahabismus des 18. Jahrhunderts, eine Art Puritanismus im Islam. Die religiöse Ideologie ist ausreichend weit gefasst, um zahlreiche Widersprüche (in Bezug auf Frauen, Opium oder internationale Politik) zuzulassen. Aus den auf Hunderttausenden geschätzten Schülern der Koranschulen rekrutiert sich der unablässige Nachwuchs der Taliban im Kampf (Fitzgerald/Gould 2009: 223ff).

## Krieg und Frieden

Ein Gebäude stürzt früher oder später ein,  
wenn der erste Stein falsch gesetzt ist.

*Afghanisches Sprichwort*

Zu einer Eskalation der Streitigkeiten zwischen den USA und ihren Verbündeten kam es 2002/2003, als die Bush-Administration beschloss, ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates den Irak anzugreifen. Sie schmiedete dazu abermals eine ad hoc gebildete Allianz, die nun als Koalition der Willigen (*coalition of the willing*) bezeichnet wurde. Obgleich viele NATO-Staaten, darunter die BRD, logistische Hilfe gewährten, handelte es sich nicht um eine offizielle Operation des Bündnisses. Die Bush-Administration versuchte somit, auf der Basis von bilateralen Verträgen Krieg zu führen, und die NATO erfuhr einen enormen Bedeutungsverlust.

Bereits in dem Ende 2001 begonnenen Krieg in Afghanistan war die untergeordnete Rolle der NATO zum Ausdruck gekommen. Die USA gingen davon aus, dass durch den Einsatz von nur wenigen eigenen Soldaten mitsamt der Luftunterstützung für die Bürgerkriegsparteien der „Nordallianz“ ein Sturz des Taliban-Regimes erreicht werden könne. Abgesehen von den weiter betriebenen Operationen gegen noch vorhandene al Qaida- und Taliban-Anhänger wurde kein großer Widerstand erwartet und die NATO zur Unterstützung des von den USA etablierten Regimes Karzai herangezogen. Zahlreiche NATO-Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, wollten sich unbedingt an diesem Krieg beteiligen. Sie hofften, auf diese Art mit am Verhandlungstisch bei der Neugestaltung Afghanistans und den anstehenden geopolitischen Entscheidungen zu sitzen. Dazu war letztlich ein Platz im *war room* ausschlaggebend. Die politischen Eliten in der BRD waren mittlerweile mehrheitlich zur Auffassung gelangt, dass eine Scheckbuch-Diplomatie wie noch unter Außenminister Genscher nicht mehr genüge und ihre Interessen nun vermittels einer militarierten Außenpolitik zu wahren seien. Statt nur zu zahlen sollte sich durch die Beteiligung an einer Intervention der eigene Gestaltungsspielraum erhöhen. Dies gilt auch für andere europäische NATO-Staaten und ist als Reaktion auf die verstärkte Neigung der USA zu interpretieren, militärisch in den verschiedensten Regionen einzugreifen. Durch die Beteiligung an den Militärinterventionen soll einerseits Einfluss auf die US-Politik genommen, andererseits sollen eigene Interessen besser verfolgt werden können. Mit der Aufstellung eigener Interventionsverbände wird mittelfristig angestrebt, unabhängig von den USA ebenfalls Militäroperationen *out of area* durchführen zu können.

Die NATO-Staaten stellten für Afghanistan ISAF-Truppen auf, deren Aufgabe vor allem darin lag, die afghanische Regierung und ihre Sicherheitsorganen zu unterstützen. Damit entlasteten sie die US-Streitkräfte, die vor allem mit dem Krieg gegen den Irak befasst waren. Mit relativ kleinen, von der ISAF unab-

hängigen Verbänden betrieben die USA obendrein in der Operation *Enduring Freedom* ihren „Krieg gegen den Terrorismus“, an dem sich zeitweilig auch Bundeswehrsoldaten beteiligten. Insbesondere den NATO-Staaten, welche den Angriff auf den Irak ablehnten, gelang es durch die Stellung eigener Truppen in Afghanistan ihre militärische Kooperationsbereitschaft unter Beweis zu stellen und gleichzeitig US-amerikanische Forderungen abzuweisen, Militärverbände in den Irak zu entsenden. Auch das Bundeswehr-Kontingent in Afghanistan wurde seit 2004 aufgestockt, um keine Soldaten in den Irak entsenden zu müssen. Lange Zeit stand der afghanische Krieg in dessen Schatten. Obama setzte die bereits unter Bush betriebene „Irakisierung“ der militärischen Herrschaft in Afghanistan fort. Basis für diese Politik ist, dass die USA die Vorstellung fallen lassen, eine starke Zentralregierung zu schaffen, sondern allenfalls durch Deals mit verschiedenen inländischen Gruppierungen sowie dem Iran ein halbwegs stabiles Regime herzustellen, das kein Vasall sein soll. Mehr als ein Kooperationspartner wird nicht erwartet, auch in der Hoffnung, dass wenigstens ein Teil der zukünftigen Ölförderung in die USA exportiert wird.

Gemeinsam ist all diesen Interventionen – von der sowjetischen bis zur jüngsten westlichen – ein illusionäres Bild von den Verhältnissen in Afghanistan, gepaart mit blauäugigen Vorstellungen, was man dort ausrichten könne, sowie ein harsches militärisches Vorgehen, die allesamt zu dem Fehlschlag beitragen. Einem ARD-Film zufolge, der vor Kurzem aus dem südöstlichen Grenzgebiet gezeigt wurde, sind die dortigen Bewohner keineswegs fanatische Islamisten. Allerdings verbitten sie sich vehement jedwede Gängelung oder gar Okkupation von außen. „Alle Afghanen besitzen ein ausgeprägtes, fast schon heiliges Gefühl der Verantwortung für das Land, das sie über zwei Jahrhunderte gemeinsam vor dem Untergang bewahrt haben.“ (Lefevre 2010: 14). Afghanistan taugt(e) weder als Glacis des britischen Imperialismus noch als Experimentierfeld für westliche Sozialmodelle. Die von den NATO-Staaten geleistete Aufbauhilfe (ohnehin nur ein Bruchteil der Gesamtaufwendungen) hat kein Gewicht, da sie mit der Intervention identifiziert wird. „Die Armeen des Westens, seine Entwicklungsorganisationen und Diplomaten sind weder so machtvoll noch so kenntnisreich oder so populär, wie wir unterstellen. Unsere Repräsentanten sind überfordert, wenn sie die Gefolgschaftstreue und Loyalitäten afghanischer Stämme einschätzen sollen, geschweige denn, dass sie sich beherrschen ließen.“ (Stewart 2010) Daher seien die Debatten um einen besseren NATO-Einsatz nichts als „scholastische Glasperlenspiele“.

Der Krieg in Afghanistan wird beständig härter und immer aussichtsloser. 97% des Territoriums sind dauernd oder zeitweise in Händen der Taliban und der ISAF gelingt es immer weniger, die taktischen oder gar strategischen Kräfteverhältnisse umzukehren. Die Militärkommunikés aus dem ‚deutschen‘ Norden sind geschönt, da sie nur von der Bundeswehr, nicht aber von der Gesamtlage und gleich gar nicht von der prekären Erfahrung der afghanischen

Sicherheitskräfte sprechen. Auch in den lange als relativ sicher geltenden nördlichen Landesteilen „ließ sich keine Demokratie nach westlichen Vorbild herstellen, nicht einmal eine funktionierende Infrastruktur, eine durchsetzungsfähige Polizei, geschweige denn unabhängige Gerichte. Die Taliban und andere zugewanderte sogenannte Gotteskrieger fanden und finden auch bei den Clans und Stämmen im Norden viel Rückhalt.“ (Schrom 2010) Wo Verteidigungsminister Guttenberg „schon Trendwenden in Teilen des Landes“ ausmacht, bleibt sein Geheimnis (Heilig 2010). Nach einer militärischen Faustregel müssen die *counterinsurgency*-Truppen mindestens zehnmal so stark wie ihre Gegner sein, um Erfolg haben zu können. Davon ist die NATO weit entfernt. Ihre Offensiven laufen ins Leere oder werden immer wieder verschoben. Das US-Ziel – Amnestie nach vorheriger Kapitulation des Gegners – entschwindet in weite Ferne. Schon jetzt ist es der längste Krieg in der Geschichte der USA und seine Popularität sinkt selbst dort, trotz aller Falkenrufe. Präsident Obama aber behauptet: „Mit der Ankunft zusätzlicher Koalitionsstreitkräfte in den vergangenen zwei Jahren haben wir endlich die Strategie und die notwendigen Ressourcen, um die Schwungkraft der Taliban brechen zu können, den Aufständischen ihre Rückzugsgebiete zu nehmen, mehr afghanische Sicherheitskräfte auszubilden und der afghanischen Bevölkerung zu helfen.“ (Obama 2010)

Indes brutalisiert die militärische Sackgasse den Krieg. Je länger er andauert, desto mehr untergräbt er alle Aussichten auf einen passablen Frieden, und das ist Wasser auf die Mühlen der Taliban. Diese sind nicht gerade beliebt, die Besatzungssoldaten aber verhasst, sowohl durch die Verluste, die sie der Zivilbevölkerung beibringen, wie durch ihr protziges Auftreten. Von den fast 92.000 Dokumenten, die Wikileaks ins Netz stellte, schildert eines die *Capture-Kill-Mission*, d.h. die Jagd der Spezialeinheit 373 auf gesuchte Aufständische, deren Zahl vierstellig sein soll (Gebauer 2010). Eklatante Fehlschläge, auch und gerade der als Wunderwaffen gepriesenen Drohnen, kommen ebenfalls ans Licht. Derlei Kommandoaktionen sind wegen ihrer „Kollateraleffekte“ äußerst umstritten, von den regulären Truppen abgeschirmt und streng geheim.

## Ein geschundenes Land

Afghanistan besteht hauptsächlich aus Hochebenen mit aufgesetzten Gebirgen, Wüsten und Halbwüsten; am wichtigsten für Siedlungen und Ackerbau sind Becken und Talweitungen. Knapp zwei Drittel der Bevölkerung sind Paschtunen und Tadschiken, der Rest verteilt sich auf kleinere Gruppen. Zu 80% sind sie sunnitische und zu fast 20% schiitische Muslime. In ihrer überlieferten Lebensweise haben die Geschlechter ihren angestammten, das heißt die Frauen einen minderen Platz. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung geht es ihnen jetzt nicht besser als unter den Taliban. Die Afghanen, von de-

nen 80% auf dem Lande leben, bauen Feldfrüchte an und ziehen Vieh, vor allem Schafe und Ziegen für den Eigenbedarf und in geringem Maß für den Markt. Daneben gibt es Bergbau, ein wenig Textilindustrie und Handwerk. Der heute einkommenszentrale Mohnanbau für Opium hat noch vor 30 Jahren kaum eine Rolle gespielt, bildet aber inzwischen *faute de mieux* die Haupterwerbsquelle der Bauern (MFGA 2009).

Von dem anfangs lauthals vorgetragenen Versprechen der Besatzer, sich für Demokratie, Menschenrechte und die Lage der Frauen einzusetzen, ist wenig geblieben. Stattdessen herrschen vordemokratische Strukturen, eine zutiefst korrupte ‚Zentralregierung‘ und eine beklagenswerte Situation der meisten Frauen, die in Armut, als Analphabetinnen und ausgeschlossen von der Öffentlichkeit leben. Dieser Ausschluss wird nicht nur von den Taliban betrieben. Auch Karzai, der Wackelbürgermeister von Kabul, erließ jüngst ein repressives Personenstandsgesetz, das deren Praxis nicht nachsteht.

Nach fast zehn Jahren neuerlichen Krieges ist das Land infrastrukturell, sozialmoralisch und ökologisch am Boden: Wälder wurden vernichtet, Boden und Wasser durch Munitionsrückstände vergiftet. Nur überwölbt von den Interventionstruppen beherrschen Stammesführer, Warlords, ein schwacher und korrupter Zentralstaat sowie vor allem die wieder erstarkten Taliban die Szene. Deren repressives moralisches Regime, Zwangsabgaben und -rekrutierungen halten ihre Anhängerschaft in Grenzen, immerhin aber sorg(t)en sie für eine leidliche öffentliche Ordnung ohne Korruption, mit berechenbaren Verhältnissen. Das Opiumgeschäft bildet nicht die einzige Einnahmequelle der Taliban. Sie erzielen auch Einnahmen aus Zwangsabgaben bei Bauvorhaben, Überlandtransporten, Lösegeldern sowie durch Geldzuwendungen etwa aus den Golfstaaten. In den Kämpfen ziehen freilich auch die Taliban die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft. Ihre herausragende Rolle in der nationalen Mischung ethnischer, stammesmäßiger und islamistischer Milizen ist unübersehbar.

Die Taliban kämpfen nach der klassischen Manier des „hit and run“. Nach einem Überfall vertrieben, kehren sie alsbald auf Motorrädern und Kleinlastwagen wieder. Wenn sie in einem Gebiet nicht voran kommen, verschieben sie ihren Einsatzschwerpunkt. Von den deutschen oder anderen westlichen Soldaten werden Dörfer ‚gesäubert‘, an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben – und über kurz oder lang wieder von den Taliban besetzt. Diese pressen Bauern in ihren Dienst oder zahlen ihnen Geld für Attentate. Freund und Feind sind schwer unterscheidbar. Sprengfallen haben sich als ebenso billige wie schwierig auszumachende Kampfmittel erwiesen. Die Taliban sind selbst Herren des Funknetzes, das sie nachts abschalten. Kurz, sie sind in ihrem asymmetrischen Widerstand gut organisiert und operieren durchaus professionell. Auch ihre flache und vielfach vernetzte Hierarchie entzieht sich massiven Zugriffen des Gegners. „Die Taliban werden sich nicht wegschießen lassen.“ (Kornelius 2009) Zumindest mit ihren Führern versucht man das in gezielten

Kommandoaktionen. Aber auch das leitende Personal der Taliban ist ersetzbar. Jedes Jahr erreichen zehntausende junger Paschtunen das 16. Lebensjahr; an Rekruten ist kein Mangel. Es ist keineswegs sicher, dass es nur um Religion, und nicht auch um Macht und Geld geht. Ideologische Motive und finanzielle Anreize mögen oft genug ineinander greifen. So oder so scheint es dem Widerstand immer häufiger und stärker zu gelingen, einen Keil zwischen die NATO-Truppen und die Bevölkerung zu treiben. Gleichwohl schwimmen die Taliban nur bedingt wie „Fische im Wasser“. Nicht nur gibt es unter ihnen verschiedene Fraktionen, ihr repressives Handeln weckt in der Bevölkerung auch Vorbehalte und Widerstände. Schließlich sind sie nicht die einzigen Gegner der fremden Invasoren; Stammes- und Dorfkräfte spielen ebenfalls mit. Die Präsidentenwahlen 2009 sollten das demokratische Mäntelchen der Regierung Karzai richten. Diese buhlte zusammen mit den Provinzfürsten mit Geld und Drohungen um die Stimmen. Karzai gewann unter denkbar dubiosen Umständen. Nicht nur stellt er den Statthalter des Westens dar. Er sitzt auch am Geldhahn der ausländischen Zuwendungen, die den Löwenanteil des Staatshaushalts ausmachen, und kann sie nach Belieben an seine Günstlinge verteilen. Die kitschig aufgedonnerten Villen der neuen Reichen kann man am Stadtrand von Kabul besichtigen, allesamt auf Staatsland und mit Geldern aus einer zerrissenen Verwaltung und Ökonomie bezahlt. Die Parlamentswahlen bewiesen ein weiteres Mal, dass von einer Demokratie nach den üblichen Regeln der Kunst nicht die Rede sein kann. Gleichwohl wird dieser Anspruch schon aus ideologischen Gründen hoch gehängt und hatte den westlichen Feldzug erheblich mit zu begründen.

## Perspektiven der NATO

Von einer Fortsetzung militarisierter Außenpolitik ist sowohl seitens der USA wie auch bei ihren Verbündeten auszugehen. Wie seit den 1990er Jahren wird sie vermutlich im Zeichen eines Sicherheitsdispositivs stehen (Spree 2008: 28f). Gegenüber den in der Vergangenheit proklamierten Zielen von Militäreinsätzen – Eintreten für Demokratie, Menschen- und Frauenrechte – wird allerdings die Wahrung nationaler Interessen deutlich an Gewicht zunehmen. So rechneten bereits 1992 die Richtlinien des deutschen Verteidigungsministers die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ zu den „vitalen Sicherheitsinteressen“ Deutschlands als kontinentaler Mittelmacht (Bundesministerium für Verteidigung 1992: 3f.). Neu sind die wirtschaftspolitischen Interessen also nicht, verlagern sich nun aber verstärkt auf aggressiv geführte Konkurrenzkämpfe um Rohstoffe, angefangen von Seltenen Erden über Öl bis hin zu Grundnahrungsmitteln. Immer weniger geht es um einen möglichst schrankenlosen Waren- und Dienstleis-



tungsverkehr zwischen den Staaten, statt dessen entwickelt sich ein verschärfter Wettlauf um die besten Zugangsbedingungen zu den Extraktionsgebieten und das Abstecken von Claims. Dabei sind Rivalitäten zwischen den USA und europäischen Staaten grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Diese beflügeln bereits heute eigenständige Kooperationen untereinander. Wenn Frankreich und Großbritannien die Finanzierung für Rüstungsprojekte, etwa einen neuen Flugzeugträger, zusammen aufbringen, verweist dies nicht nur auf knappe Mittel. Die beiden großen ehemaligen Kolonialstaaten wollen sich jenseits größerer Bündnisstrukturen die Möglichkeit erhalten, eigenständig militärisch in Konfliktregionen eingreifen zu können.

Im übrigen geht es den USA und ihren Verbündeten mit der militarisierten Außenpolitik darum, gegen erstarkende Konkurrenten wie China, Indien und möglicherweise auch Brasilien auftreten zu können. Die bevorzugte und billigere Aneignung von Rohstoffen für die eigenen ‚National‘ökonomien soll, so hofft man, die eigene Wettbewerbsfähigkeit steigern und vermeiden helfen, dass die Konsumausgaben der Bevölkerung wegen verknappter Lebensmittel explodieren. Die im Gang befindlichen oder anvisierten militärischen Unternehmungen zielen nicht auf die Eroberung von Siedlungsgebieten und die Abschottung von Märkten für die eigenen Produkte, auch nicht auf die unmittelbare räumliche Beherrschung von Territorien, wie das im klassischen Kolonialismus und Imperialismus der Fall gewesen war. Die Herrschaft einheimischer Eliten bliebe in der Regel erhalten und würde solange nicht angetastet werden, wie sie bei der Extraktion von Rohstoffen kooperieren. Die politischen Regimes wären freilich häufig sehr fragil, denn sie müssten z.B. Proteste der einheimischen Bevölkerung soweit unterbinden, dass der Transfer von Rohstoffen nicht gestört wird. Gleichzeitig dürfte ihre Politik keine Flüchtlingsströme verursachen, welche die angrenzenden Regionen beunruhigen. Soziale und politische Krisen wären in diesen Staaten auf Dauer gestellt. Die sich mit und nach den Eingriffen im Irak wie in Afghanistan entwickelnden Verhältnisse liefern Anschauungsmaterial und mögliche Vorbilder für die Ergebnisse künftiger Militärinterventionen.

Es geht der NATO in Afghanistan um ähnliche Ziele wie im Irak: Zerschlagung eines nicht (mehr) genehmen Regimes; Installation einer auf die Ruinen des vorhandenen Staats gepfropften Handlangerregierung; Errichtung von stark befestigten Igelstellungen ohne einen mehr als verbalen Anspruch und die Möglichkeit, das Land in der Fläche zu besetzen und zu ‚befrieden‘. Es reicht bereits, wenn die künftigen Förderstätten und Transportwege der riesigen Gas- und Ölreserven des Kaspibeckens und mindestens die geopolitische Neutralität Afghanistans gesichert sind. Sollte das der Fall und die einheimischen „Sicherheitskräfte“ hinlänglich aufgebaut sein, könne der Teilabzug 2014 beginnen – mit zeitoffenem Abschluss. Das ebenso ehrgeizige wie aggressive und dennoch auf Sand gebaute Vorhaben ließen sich die USA bisher ca.

220 Milliarden Dollar – allein 2009 60 Milliarden – kosten, und dies mit steigender Tendenz (Wildman 2010: 109).

Die US-Regierung muss nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen eine Situation schaffen, welche die Tatsache verschleierte, dass die ursprünglichen US-Kriegsziele in Afghanistan wie im Irak Makulatur sind. Vermittels aufgestockter Truppen und damit verstärkter Bekämpfung der Aufständischen sowie intensivierter Drohneinsätze, um nicht genehme Führungsfiguren der Taliban auszuschalten, soll auch hier die Basis für einen schrittweisen Truppenrückzug geschaffen werden. Die angestrebte Afghanisierung des Krieges hätte den Anschein zu wahren, mit dem US-Einsatz stabile Verhältnisse hergestellt zu haben. Dieser Anschein ist vor allem im Hinblick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen wichtig und kann neben der entscheidenden wirtschaftlichen Situation zu einigen Stimmengewinnen führen.

Präsident Obama, der zu Anfang seiner Amtszeit eine rasche Beendigung des Afghanistan-Engagements in Aussicht gestellt hatte, hat mittlerweile die Truppen aufgestockt und den Abzugsplan aufgeweicht. Er steht selbst im Gefecht mit ranghohen Militärs und Sicherheitsberatern. Diese blocken seine Exit-Strategie ab und kontern durchaus erfolgreich mit immer neuen Forderungen, die US-Streitkräfte im Land zu vermehren (Woodward 2010). Mit der Logik seiner Befehlshaber und dem militärisch-industriellen Komplex mag Obama sich nicht anlegen. Der CIA führt mit des Präsidenten stillschweigender Billigung kraft einer 3.000 Mann starken Schattenarmee am Hindukusch in Gestalt der Counterinsurgency Pursuit Teams in eigener Regie einen liquidatorischen Feldzug gegen Talibankommandeure. Nach der Devise „Nur ein toter Taliban ist ein guter Taliban“ werden immer weniger Gefangene, die nur weitere Probleme mit sich bringen, gemacht.

Aber auch wenn in Afghanistan eine Strategie verkündet worden ist, wonach vor allem die Zivilbevölkerung zu gewinnen und eroberte Gebiete dauerhaft zu halten seien, ist hinter vorgehaltener Hand zu hören: Der Krieg ist verloren; es kann nur noch um einen möglichst vorteilhaften Rückzug gehen. Die schwerfällige Militärmaschine kann die komplizierte und stets wechselnde Konfliktkonstellation nicht beherrschen. Ständig entstehen neue taktische Flaschenhälse. Meldungen wie diese häufen sich: „Die Provinz Baghlan ist zur Todesfalle für die Bundeswehr und ihre Verbündeten geworden.“ (Demmer 2010) Die Militärs büßten binnen weniger Monate bei mehreren Gefechten elf Männer ein.

Was ist seit dem verheerenden Bombardement im (vermeintlichen) Kampf gegen Bin Ladens al Qaida, die man fälschlich mit den Taliban in einen Topf wirft, erreicht worden? Militärisch sitzen die westlichen Militärs fest, ja erleiden Rückschläge und schützen allenfalls die großen Überlandstraßen und Stützpunkte, vor allem aber sich selbst. Jetzt, sagen besonnene inner- und außerafghanische Stimmen, sei der richtige Zeitpunkt, den Krieg zu beenden.

Wäre eine Möglichkeit dazu, mit den Taliban Verhandlungen aufzunehmen? Aber wer sind die „gemäßigten Taliban“, mit denen man dies tun könnte? Entweder sind sie verhandlungsunwillig und teilweise weggeschossen, oder die Verhandlungswilligen haben nur wenig Anhänger. Eine gewandelte Haltung des Gegners lässt sich nur aus widersprüchlichen Signalen folgern; derzeitige politische Positionen sind kaum bekannt. „Gibt es überhaupt Spielraum für einen Kompromiss zwischen den Taliban, Präsident Karzai und den tadschikischen und usbekischen Warlords in seinem Umfeld – und damit eine realistische Überlebenschance für eine auf Machtteilung beruhende Koalition in Kabul?“ (Steele: 12) Eine Verhandlungslösung mit dem Karzai-Regime würde die Taliban (inter)national aufwerten und weiteren Geldzufluss sichern. Man müsse jetzt ohne Vorbedingungen mit ihnen reden, äußert der pakistanische Afghanistan-Kenner Ahmed Raschid, solange die kriegsmüden Veteranen noch an der Macht sind (Flottau 2010). Sie haben hohe Verluste erlitten und wissen, dass sie militärisch nicht gewinnen können und von der Bevölkerung keineswegs immer als Befreier gesehen werden. Obgleich das zu ermitteln schwierig ist, ist anzunehmen, dass die meisten Afghanen nicht für eine Rückkehr der Taliban an eine (alleinige) Regierung sind.

### **Ungeklärte Grenzprobleme und andere Bedingungen für Friedensverhandlungen**

Doch es geht nicht nur um die Taliban. Die NATO hat es darüber hinaus auch mit zwei eigenständigen, heterogenen und ebenso wirksamen Gruppen zu tun: Hib-i-Islami von Gulbuddin Hekmatjar und das Haqqani-Netzwerk, die im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet operieren. Schon vor hundert Jahren nannte ein britischer Offizieller die künstliche Durand-Linie zwischen Britisch-Indien, heute Pakistan, und Afghanistan den „Pestfleck der Grenze“ in Waziristan. Sowohl die Taliban wie Hekmatjars Milizen und diejenigen der Haqqanis nutzen das Grenzgebiet als Flucht- und Aufmarschraum. Die ethnisch-politische Gemengelage erwies sich ab den 1980er Jahren als Geschenk für Bin Laden und seine Gruppe. Paschtunische Autonomiebestrebungen und der regionale Dschihad dienten ihnen, lange vom Westen im antisowjetischen Kampf gehätschelt, als Schemel für den Einstieg in ihren später von dort aus 1996 erklärten internationalen Heiligen Krieg. Sie hängten sich an die wichtiger werdenden Taliban Mullah Omars, die zwar islamistisch inspiriert, aber eher national gesonnen sind, an und begannen, die paschtunischen Siedlungsgebiete zu unterwerfen – womit sie indirekt saudischen und pakistanischen Interessen dienten. Unlängst schlossen sich ca. 20 Gruppen in dem Gebiet zur gefürchteten terroristischen Tehrik-i-Taliban Pakistan (TTP) zusammen, die von Waziristan bis in den Pandschab operieren.

Auch nach Raschid liegt „der Ursprung des Übels“ im Nachbarland. Formell

ist dieses Mitglied der Anti-Terror-Koalition. Aber der pakistanische ISI (Geheimdienst) unterstützt aus außenpolitischen Gründen die Taliban, welche die Grenzen zugunsten eines Großkalifats der „Umma“ (= islamische Gemeinde) abschaffen wollen und im Übrigen ein Faustpfand gegen Kabul bilden, das die Grenze nicht anerkennt. Auf ihn sollen auch viele Selbstmordattentate (gegen Geld) zurückgehen. Ohne diese Hilfe gäbe es die Taliban dort nicht in dieser Stärke und Bedeutung. Sie zielt auch darauf ab, großpaschtunische Ideen im Zaum zu halten. Dieses alte Grenzproblem stellt ein entscheidendes Hindernis für ein Ende des Krieges dar: „Nach ihrem Zusammenbruch im Oktober und November 2001 hätte sich die Taliban-Bewegung wahrscheinlich aufgelöst wie Zucker im Tee, wenn die paschtunischen Stämme ein echtes Mitspracherecht in Kabul gehabt hätten.“ (Lefevre 2010: 14 ) Ob dem so gewesen wäre, steht dahin, aber Friedensverhandlungen, wenn sie denn kommen, werden sich mit diesem gordischen Knoten befassen müssen. In der Gewährleistung eines gemeinsamen politischen Raums für die Paschtunen könnte die internationale Gemeinschaft Hilfestellung leisten. Pakistan müsste wie alle anderen Nachbarn Afghanistans dessen Blockfreiheit zustimmen. Am Anfang hätten – gewiss langwierige – Gespräche mit den Taliban zu stehen.

Solche wären auch mit der Karzai-Regierung sowie mit den politischen Sachwaltern der NATO zu führen. Am Ende könnte eine panafghanische Loya Dschirga zur Beilegung oder mindestens Behandlung aller wichtigen und strittigen Themen des Krieges stehen. Die Taliban haben an vielen Orten eine eigene Verwaltungs- und Justizstruktur aufgebaut. Vermutlich liefe eine Einigung auf einen schwachen Zentralstaat und mächtige halbautonome Regionen inklusive der Armee hinaus. Von dieser und der Polizei wird man allerdings – demotiviert und demoralisiert wie sie (derzeit) sind – kaum die Gewährleistung der nationalen Sicherheit erwarten können. Schon im nächsten Jahr soll mit der „Übergabe der Verantwortung“ an sie begonnen werden. Viele Verbandsführer nehmen eine abwartende Haltung ein. Auf den Fingerzeig Kabuls hin wollen sie weder allafghanische Verhandlungen verhindern noch ihre Positionen verlieren. Was wahrscheinlich ansteht, wäre ein gemischtes Regierungssystem mit wieder auflebenden traditionellen Politikstrukturen. Es hätte die Autorität des Präsidenten zu befestigen, mit den Warlords fertig zu werden, den Wiederaufbau des Landes in Angriff zu nehmen, die ethnische Aussöhnung voran zu bringen und die nationale Sicherheit zu garantieren. Die Ansicht, das Karzai-Regime könne gar kein effektives staatliches Handeln gewährleisten und breche daher nach dem Abzug der westlichen Truppen zusammen, ist keineswegs aus der Luft gegriffen. Wie viel in diesem Übergangszustand von „essenziellen Menschenrechten“ noch gerettet werden kann, steht in den Sternen.

Von einigen afghanischen Kräften wie von der internationalen Friedensbewegung werden eine Reihe von unverzichtbaren Schritten genannt, die am Anfang der erwünschten Friedens- oder mindestens Waffenstillstandsverhandlungen

gen stehen müssten. Dazu hätten die USA bzw. NATO ihre Interventionsziele zu präzisieren und zu modifizieren, jedenfalls das Gummiziel des „Krieges gegen den Terror“ aufzugeben (vgl. Wildman/Bennis 2010: 158f, 180ff). Die andauernden Demütigungen und Tötungen der Bewohner Afghanistans müssten aufhören und die vielstimmigen Botschaften aus der Gesellschaft sollten endlich Gehör finden. Dem Drogenanbau wäre nur im Austausch gegen neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung abzuhelfen, wie überhaupt nur ein großzügiges internationales Hilfsprogramm, das diesen Namen wirklich verdient und auch „unten“ bei den Bauern ankommt, dem Land auf die Beine helfen könnte. Rückkehr und Unterstützung der Flüchtlinge aus Pakistan und Afghanistan wären zu ermöglichen. Der Kampf gegen die endemische Korruption ist ernsthaft aufzunehmen, politische Gefangene sind freizulassen. Schließlich wären Verhandlungen mit benachbarten Staaten und politischen Assoziationen wie der Schanghai-Organisation aufzunehmen. Die Wunschliste ließe sich noch verlängern.

An einem dauerhaften Bürgerkrieg und einer Zentralregierung, die bestenfalls einige Städte des Landes kontrolliert, haben die USA und ihre Verbündeten kein Interesse. Denn dann würde ein politischer, sozialer und ökonomischer Raum entstehen, der ständig neue Krisen produziert und damit auf die Nachbarstaaten ausstrahlt. Auch diesen liegt vermutlich daran, dass es den USA bzw. der NATO gelingt, die Situation halbwegs zu stabilisieren. Vorausgesetzt, die Interessen dieser Staaten würden von dem in Kabul zu installierenden politischen Regime berücksichtigt werden – und das muss mindestens heißen, dass keine Kriegspartei das Geschehen dominiert –, könnten sie sich ebenso wie die Karzai-Administration mit dem status quo abfinden. Zurzeit werden dafür noch die Claims abgesteckt. Jede zukünftige Regierung Afghanistans wird daran interessiert sein, möglichst viele innere und äußere Beziehungen zu unterhalten, um ihren Handlungsspielraum zu erhöhen. Als Modell könnten die Verhältnisse gelten, wie sie bis in die 1970er Jahre für Afghanistan galten. Als blockfreier Staat stand es in der Gunst verschiedener großer Mächte. Die USA und ihre Verbündeten könnten sich in diesem Fall darauf verlassen, weiterhin Einfluss in der Region ausüben zu können und Zugang zu den Rohstoffen des Landes und umgebender Gebiete zu erhalten. Dabei müssten sie freilich die Begehrlichkeiten Irans, Turkmenistans, Usbekistans, Tadschikistans, Chinas und nicht zuletzt Indiens sowie Pakistans berücksichtigen.

Ein endgültiger Sieg der einen oder anderen Seite scheint nicht möglich zu sein. So bleibt entweder ein Patt zwischen den feindlichen Kräften oder ein Abzug der NATO, wie stück- und schrittweise auch immer. Im ersten Fall wird das Land noch mehr zerstört, im zweiten treten die durch den Krieg verdrängten Widersprüche der afghanischen Gesellschaft offen heraus. Immerhin hatten sie bereits unter dem Stichwort der Modernisierung der Ökonomie, des Sozialwesens und der Politik nach dem Sturz der Monarchie in den 1970er

Jahren auf der Tagesordnung gestanden. Ziehen die fremden Soldaten endlich ab, wird sich erweisen müssen, inwieweit sich Stammeskräfte sowie zivilgesellschaftliche Elemente gegenüber dem islamistischen Utopismus der Taliban durchsetzen werden.

## Literatur

- Bundesministerium für Verteidigung (Hrsg.) (1992): *Verteidigungspolitische Richtlinien*, Bonn, <http://www.asfrab.de/vpr-1992-verteidigungspolitische-richtlinien-1992.html>
- Demmer, Ute (2010): Schlacht um Shahabuddin, in: *Der Spiegel*, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184567.html>.
- Fitzgerald, Paul; Gould, Elizabeth (2009): *Invisible History: Afghanistan's Untold Story*, San Francisco.
- Flottau, Heiko (2010): Gott, Gewalt und die Großmächte, in: *Süddeutsche Zeitung*, <http://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-goo-gewalt-und-grossmaechte-1.746009>.
- Gebauer, Matthias u.a. (2010): Protokoll eines Krieges, in: *Der Spiegel* 30: 70-78.
- Kornelius, Stefan (2009): Was die Taliban besiegt, in: *Süddeutsche Zeitung*, <http://www.sueddeutsche.de/politik/pakistan-mehsud-soll-tot-sein-was-die-taliban-besiegt-1.154110>.
- Lefevre, Georges (2010): Afghanische Patrioten, in: *Le Monde diplomatique*, 10: 14f.
- Lyon, David (2009): *In Afghanistan: Two hundred years of British, Russian and American Occupation*, New York.
- Malik, Hafeez (2008): *U.S. Relations with Afghanistan and Pakistan. The Imperial Dimension*, Oxford.
- Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.) (2009): *Afghanistan*, Paderborn.
- Obama, Barack (2010): Europa und Amerika – gemeinsam auf die Zukunft ausgerichtet, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 21.11.: 5.
- Schrom, Michael (2010): Einsatz in Kundus, in: *Christ in der Gegenwart*, 9: 393-397.
- Spreen, Dierk (2008): *Krieg und Gesellschaft. Die Konstitutionsfunktion des Krieges für moderne Gesellschaften*, Berlin.
- Steele, Jonathan (2010): Gesucht: Taliban für den Frieden, in: *Le Monde diplomatique*, 10: 12f.
- Stewart, Rory (2010): Mission impossible, in: *Der Spiegel*, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71123431.html>
- Wildman, David; Bennis, Phyllis (2010): *Ending the U.S. War in Afghanistan*, Northampton/Mass.
- Woodward, Bob (2010): *Obama's War*. New York.